N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Kreistag

am 20.03.2012

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Heike Brossat (SPD)
Christel Ciecior (SPD)
Brigitte Cziehso (SPD)
Martina Eickhoff (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Jürgen Kerl (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Ingrid Kroll (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Dieter Mendrina (SPD)
Gerd Oldenburg (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Klostermann (FDP)
Heike Schaumann (FDP)
Sigurd Senkel (FDP)
Wolfgang Schilken (FDP)
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
Werner Sell (DIE LINKE.)
Dieter Albert (FWG)
Helmut Stalz (FWG)
Helmut Rosenkranz (GFL)
Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung
Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV
Frau Leiße, L PM
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/-innen
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagfraktion
Frau Bock, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion
Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion
Frau Schmidt, Geschäftsführerin der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion
Vertreter der Medien
interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. vorliegt, der nicht fristgerecht eingegangen ist und dessen Prüfung ergeben hat, dass Dringlichkeit nicht vorliegt. Daher kann er nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

015/12

Ersatzwahlen

Punkt 3

037/12

Einsetzung einer/s Inklusionsbeauftragten

-Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2012-

Punkt 4

047/12

Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Unna

Punkt 5

025/12

Weiterentwicklung MVA Hamm-Verbund

Punkt 6

028/12

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Punkt 7

050/12

Wiedereinführung des Kfz-Unterscheidungszeichens „LÜN“

Punkt 8

006/12

Neues Übergangssystem Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen – Beteiligung des Kreises Unna - Grundsatzbeschluss

Punkt 9

010/12

Anpassung der Eintrittspreise für die Sinfonische Reihe mit der Neuen Westfälischen Philharmonie

Punkt 10

036/12

Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag des Kreises Unna und der Kreisverwaltung Unna zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder

Punkt 11

039/12

Kein Kind zurücklassen! - Teilnahme am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“

Punkt 12

026/12

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Punkt 13

022/12

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Altlastensanierungsverband (AAV) und dem Kreis Unna zur Sanierung des Nordteils der ehemaligen Zeche und Kokerei Massen 3/4

Punkt 14

020/12

Bereitstellung von Zuwendungen für die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) für die Anleiterstelle des Landschaftspflegetrupps der Biologischen Station Kreis Unna

Punkt 15

023/12

Festlegung des behördlichen Umgangs mit Anträgen zu Tierhaltungsanlagen

a) kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Umgang mit den verfügbaren Bauleitplanerischen Steuerungsinstrumenten begleiten und beraten
b) Rechtliche Möglichkeiten als zuständige Genehmigungsbehörde ausschöpfen und Gefährdungspotential durch entsprechende Gutachten ausschließen

-Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2012-

Punkt 16

049/12

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

027/12

Grunderwerb in Schwerte für Naturschutzzwecke

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

015/12

Ersatzwahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Herr Gero Bangerter am 16.03.2012 auf sein Kreistagmandat verzichtet habe. Die FDP-Fraktion habe darauf hin die eingereichten Vorschläge für die Ersatzwahlen zurück gezogen. Für den Wahlausschuss für die Landtagswahl 2012 für die Wahlkreise 115 Unna I und 116 Unna II, dem Herr Bangerter als ordentliches Mitglied als Beisitzer angehört habe, werde Herr Wolfgang Schilken, bisher stellvertretendes Mitglied, zur Ersatzwahl vorgeschlagen. Für Herrn Schilken solle Herr Sigurd Senkel nachgewählt werden.

Sodann wird über den veränderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss

1. Herr Niels Neugebauer wird als ordentliches Mitglied in den Schulausschuss
2. Herr Hans Laarmann wird als ordentliches Mitglied in den Bau- und Technikausschuss
3. Herr Helmut Rosenkranz wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie
4. Herr Dr. Matthias Laarmann wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und

Verbraucherschutz und

5. Herr Helmut Rosenkranz wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
6. Herr Wolfgang Schilken wird als ordentliches Mitglied zum Beisitzer des Wahlausschusses für die Landtagswahl 2012 für die Wahlkreise 115 Unna I und 116 Unna II
7. Herr Sigurd Senkel wird als stellvertretendes Mitglied zum Beisitzer des Wahlausschusses für die Landtagswahl 2012 für die Wahlkreise 115 Unna I und 116 Unna II

   gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

037/12

Einsetzung einer/s Inklusionsbeauftragten

-Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2012-

Erörterung

Herr Goldmann erläutert den Antrag seiner Fraktion. Ergänzend führt er aus, dass es sich um eine Daueraufgabe für die Kommunen mit zunehmender Wichtigkeit handele, insbesondere im schulischen Bereich. Er halte es zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig und gerechtfertigt eine/n Inklusionsbeauftragte/n zu benennen. Es solle nicht, wie im Fachausschuss diskutiert, auf die konzeptionellen Rahmenbedingungen des Landes gewartet werden. Vielmehr müsse ein deutliches Signal gesetzt werden, dass der Aufgabe Wichtigkeit zugemessen werde. Dabei bleibe nicht unberücksichtigt, dass von Seiten der Verwaltung bereits maßgebliche und auch erfolgreiche Anstrengungen im Bereich Inklusion vorgenommen worden seien. Er halte totzdem bereits jetzt einen Ansprechpartner für die Information und den Dialog mit der Öffentlichkeit als unabdingbar. Dies solle im Rahmen des bestehenden Stellenplans umgesetzt werden.

Lt. Herrn Ganzke sei Inklusion ein Querschnittsthema, dass sich auf alle Bereiche des öffentlichen Handelns beziehe und dessen Umsetzung in den nächsten Jahren eine der Schwerpunktaufgaben sein werde. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie sei nach einem ersten Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Inklusion einvernehmlich vereinbart worden, sich des Themas weiter anzunehmen und Vereinbarungen über die nächsten Schritte nach Vorliegen der Rahmenbedingungen des Landes zu treffen. Dieser Entscheidung sollte gefolgt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt halte er es durchaus für sinnvoll und möglich, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterstützen.

Für Frau Schaumann stelle sich nicht die Frage, ob Inklusion komme, sondern wann und in welcher Ausformung. Zur Festlegung des Aufgabenfeldes einer/s Inklusionsbeauftragten seien die Eckpunkte des Landes unbedingte Voraussetzung. Daher sollten diese abgewartet werden, bevor eine Entscheidung zur Einsetzung getroffen werde.

Den Ausführungen seiner beiden Vorredner folge er und habe nichts hinzu zu fügen, so Herr Jasperneite. Sollte der Antrag heute und in dieser Form aufrecht erhalten werden, werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen. Eine Modifikation im Sinne des durch Herrn Ganzke und Frau Schaumann Gesagten, erhalte dagegen Unterstützung.

Lt. Herrn Nadolski-Voigt halte er es für einen falschen Schritt, erst auf die Vorgaben des Landes zu warten. Bereits vor eineinhalb Jahren habe der Kreistag den Beschluss gefasst, sich des Themas anzunehmen. Dabei sei klar gewesen, dass es sich um eine längerfristige Aufgabe handele. Es sei bereits jetzt die Einsetzung einer/s Inklusionsbeauftragten als steuerndes Element dringend notwendig.

Herr Stalz schlägt vor, die Einsetzung einer/s Inklusionsbeauftragten mit in den Prüfauftrag zum Beauftragtenwesen aufzunehmen und mit den kreisangehörigen Kommunen zu besprechen.

Nach den Äußerungen der SPD-, FDP- und CDU-Fraktion sowie der FWG-Gruppe werde die Einsetzung einer/s Inklusionsbeauftragten nicht grundsätzlich abgelehnt, so der Landrat. Vielmehr werde der Zeitpunkt für verfrüht gehalten. Er sehe sich zudem aufgrund der personellen Situation derzeit nicht in der Lage, die Aufgabe aus dem Personalbestand zu erfüllen. Der in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses vorgestellte Bericht zur Situation der Ausländerbehörde habe deutlich gemacht, dass es in der gesamten Verwaltung große Probleme gebe, mit dem vorhandenen Personal die bestehenden Aufgaben in angemessener und ausreichender Form wahr zu nehmen.

Er verstehe die Ausführungen so, dass der Antrag ohne erneut notwendige Antragstellung in die Stellenplanberatungen für das Haushaltsjahr 2013 einfließen werde, so Herr Goldmann. Unter dieser Bedingung trage seine Fraktion den Vorschlag mit.

Der Landrat sagt dies zu. Mit eingehen in die Beratung solle die Erstellung eines Aufgabenprofils. Die Anregung von Herrn Stalz werde er dahingehend aufgreifen, dass er sich rechtzeitig zu den Stellenplanberatungen mit den Bürgermeistern über eine nach Möglichkeit kreisweit einheitliche Aufgabenwahrnehmung beraten werde. Ziel solle dabei eine behörden- und ebenenübergreifende Organisation der Aufgabe sein.

Dem Vorschlag, den Antrag in die Stellenplanberatungen für das Haushaltsjahr 2013 einzubeziehen, wird zugestimmt.

Punkt 4

047/12

Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert, dass dieser Bericht aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion vom 17. Januar 2012 erstellt worden sei. Er führe kursorisch die bisherigen Bemühungen und Vereinbarungen zur

interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auf. Der Teil der Auflistung ohne Beteiligung des Kreises beinhalte nur die bekannten Vereinbarungen. Es gebe sicherlich darüber hinaus weitere Zusammenarbeiten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die die Kreisverwaltung nicht kenne, so dass hier nur ein Teilbereich dargestellt werden könne.
Der Bericht mache ersichtlich, dass die Bemühungen zur Verstetigung und Ausweitung der IKZ weiter voran schritten. Dieser Weg würde weiter verfolgt, um die Zukunftsfähigkeit der Kommunen zu erhalten, einen effektiven sowie effizienten Ressourceneinsatz zu erreichen und für die Bürger eine hohe Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen zu sichern.
Die IKZ im Kreis Unna gelte ruhrgebiets- und landesweit als sehr erfolgreich und vorbildlich. Durch die Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr (RVR), Frau Geiß-Netthöfel, die den Prozess hier begleite, sei ausdrücklich bestätigt worden, dass der Kreis Unna im Ruhrgebiet bei der IKZ am weitesten fortgeschritten sei. Es werde in den nächsten Tagen auf der RVR-Ebene ein Gespräch mit dem Ziel geben, die Vernetzung ruhrgebietsweit auszubauen. Dies sei im Rahmen der letzten Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebiets vereinbart worden.

Es handele sich um einen guten Bericht über den Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit, so Herr Japserneite. Er zeige aber auch, wie mühsam es sei, Effekte zu erzielen. Erste Schritte seien erreicht. Für den weiteren Ausbau müsse über deutliche Strukturveränderungen diskutiert werden. Hierbei biete er die Unterstützung der CDU-Fraktion an.

Für die GFL-Gruppe teilt Herr Dr. Laarmann mit, dass sie ebenfalls mit dem vorgelegten Bericht zufrieden seien, aber nicht zufrieden genug. Er beziehe sich auf das vom Landrat in anderem Zusammenhang angesprochene Thema Sparkassen. So gebe es beispielsweise im Kreis Recklinghausen nur eine Sparkasse. Im Vergleich dazu werde die im Kreisgebiet vorhandene Anzahl von Sparkassen und die damit verbundenen Overheadkosten von der GFL-Gruppe als zu hoch angesehen. Hier seien Einsparmöglichkeiten gegeben, die auch gegen die spürbar gewordenen Widerstände weiter verfolgt werden sollten.

Lt. Frau Cziehso werde die IKZ zuerst mit Einsparmöglichkeiten in Verbindung gebracht. Ihre Fraktion sehe hierin durchaus ebenfalls eine Möglichkeit zur Verbesserung der Aufgabenerledigung und zur besseren Ressourcennutzung. Ein gelungenes Beispiel für IKZ sei die heute noch zu behandelnde Sitzungsvorlage „Kein Kind zurück lassen“. Hier gebe es nicht nur eine Zusammenarbeit mit Kommunen des Kreises sondern darüber hinaus mit Verbänden. Der vorgelegte Sachstandsbericht könne zudem genutzt werden, um in den Gremien der kreisangehörigen Städten und Gemeinden für einen Ausbau zu werben und damit den Landrat in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Herr Stalz begrüßt für die FWG-Gruppe ebenfalls den Sachstandsbericht und sagt für den weiteren Prozess Unterstützung zu.

Für die FDP-Fraktion müsse IKZ basieren auf freiwilliger und sinnvoller Zusammenarbeit, so Herr Klostermann. Sie dürfe nicht zentralistisch und unter Umständen sogar zwangsweise sein. Im Vordergrund müsse stehen, Aufgaben preiswerter, leistungsstärker und bürgerfreundlicher zu erledigen.

Der Bericht zeige lt. Herrn Goldmann die Bereitschaft aller Beteiligten größere Anstrengungen beim Ausbau der IKZ zu unternehmen. Es gebe aber wichtige und wesentliche Themenfelder, wie z.B. eine gemeinsame Personalverwaltung, bei denen diese Bereitschaft noch nicht zu sehen sei. Hier hoffe er auf Änderung.

Abschließend teilt der Landrat mit, dass die Bemühungen um den Ausbau der IKZ fortgesetzt und auch in Zukunft regelmäßige Sachstandsberichte vorgelegt würden.

Punkt 5

025/12

Weiterentwicklung MVA Hamm-Verbund

Erörterung

Zu Beginn der Beratung weist der Landrat auf einen allen Kreistagmitgliedern vorliegenden aktualisierten Beschlussvorschlag hin, der Ergebnis der interfraktionellen Gespräche vom heutigen Vormittag sei. Dieser Vorschlag werde von ihm zur Abstimmung gestellt.

Lt. Frau Cziehso sei diese Sitzungsvorlage von weitreichender Bedeutung für den Kreis Unna, für die Abfallwirtschaft und die kreiseigenen Gesellschaften. Daseinsvorsorge sei eine kommunale Aufgabe. Dieser Ansatz werde hier weiter verfolgt. Dabei sei Ziel gewesen, die Strukturen des MVA Hamm-Verbundes übersichtlicher und klarer zu gestalten, die Gebührenzahler durch Preissenkungen zu entlasten, kommunales Vermögen zu erhalten und eine ökologische Abfallbeseitigung zu erreichen. Das bestehende europäische Vergaberecht biete die Möglichkeit, rechtssichere Regelungen zu treffen. Die auch in diesem Verbund bestehende interkommunale Zusammenarbeit solle fortgesetzt und gestärkt und Entsorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Unna geschaffen werden.
Es sei für den Kreis Unna ein optimaler und vorteilhafter Verhandlungsstand erreicht worden. Dieser sollte heute durch eine zustimmende Entscheidung gesichert werden. Die weiteren beteiligten Kommunen Dortmund und Hamm hätten ihre Zustimmung bereits gegeben.
Der heute vorgelegte geänderte Beschlussvorschlag sei vor dem Hintergrund entstanden, dass für wichtig gehalten werde, dass sich eine breite Mehrheit für das veränderte Konstrukt ausspreche.

Für die FDP-Fraktion handele es sich hier um eine gute Verhandlungsgrundlage, so Herr Klostermann. Fünf Punkte hätten bestätigt, dass dies die beste zu erreichende Regelung für die Abfallentsorgung sei. So gebe es eine erhebliche Reduzierung der Kosten für die Gebührenzahler, die Stärkung und Sicherung der Beteiligungsergebnisse für das eingesetzte Kapital, eine längerfristige Entsorgungssicherheit, die Möglichkeit, flexibel auf gravierende Veränderungen reagieren zu können und es werde die Vernichtung von kreiseigenem Vermögen und damit eine bilanzielle Überschuldung verhindert. Daher stimme die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Goldmann führt aus, dass es sich bei der Abfallwirtschaft um ein hoch komplexes Thema handele, da landes-, bundes- und europarechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden müsse. Die aktuelle Marktlage sei schwierig, so liege der Annahmepreis für eine Tonne Hausmüll zum Teil bei gerade

einmal 40 Euro. Auch die Aussichten für die Zukunft gestalteten sich nicht besser. Durch die zu begrüßende geplante Einführung der Wertstofftonne reduzierten sich die Müllmengen weiter. Nichts desto trotz werde unter Berücksichtigung der Ausführungen seiner Vorredner die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen.
Der Einstieg in den Verbund Ende der neunziger Jahre habe sich bereits als kompliziert gestaltet. Auch in den Folgejahren seien Anpassungen und Veränderungen notwendig gewesen. Das jetzt erzielte Ergebnis enthalte alle Kreisinteressen. Einen großen Vorteil bei diesem Verbund stelle die Steuerungsfähigkeit dar. Eine Verbesserung sei nach seiner Auffassung zu keinem Zeitpunkt möglich, so dass heute zwingend eine Abstimmung erfolgen sollte.

Lt. Herrn Dr. Laarmann handele es sich hier um ein Kabinettstück gelungener ökonomisch strategischer Abfallwirtschaft. Allerdings seien noch Rahmenbedingungen auf Bundesebene abzuwarten, die zu einer weiteren Optimierung beitragen könnten. Die GFL-Gruppe sehe daher keinen Termindruck und beantrage die Verschiebung der Entscheidung.

Herr Stalz teilt mit, dass die FWG-Gruppe der Vorlage zustimmen werde. Ausschlaggebend dafür sei, dass ab dem Jahr 2018 die Planung bestehe, die Preise für die Müllverbrennung drastisch zu senken und dies zu einem großen Teil den Gebührenzahlern direkt zugute kommen zu lassen, sowie die Zusicherung der garantierten Mindestverbrennungsmenge bis 2022.

Die Situation, dass das Abfallwirtschaftskonzept erst im Juni verabschiedet werden solle, aber jetzt schon über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes entschieden werden müsse, so Herr Jasperneite, halte er für grundsätzlich unbefriedigend. Er sehe aber die Notwendigkeit einer heutigen Entscheidung, um die erreichten Ergebnisse zu sichern. Trotz vorhandener Bedenken werde die CDU-Fraktion dem Vorschlag zustimmen und zwar in der geänderten Form. Wichtig sei ihm diese geänderte Form, da damit der Kreistag die in die Gremien entsandten Vertreter nicht unter ein zu starkes Weisungsrecht stelle, sondern sich auf Empfehlungen beschränke. Dies sollte für alle Beteiligungen gelten.
Aufgrund zu erwartender Entwicklungen und sich dadurch verändernder Aufgaben für Unternehmen unter Beteiligung des Kreises halte er es für die Zukunft für wünschenswert, bestehende Strukturen zu verändern und Querverbünde aufzubauen, um dadurch u.a. steuerliche Vorteile zu nutzen. Dies könne durchaus bedeuten, dass die Beteiligung am MVA Hamm-Verbund unter einer anderen Gesellschaft geführt werde.

Lt. Herrn Sell sei in den Vertragsverhandlungen das beste Ergebnis für den Kreis Unna und seine Einwohnerinnen und Einwohner erreicht worden. Daher stimme die Fraktion DIE LINKE. dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Kranemann weist auf die in der Begründung der Sitzungsvorlage aufgeführte gesellschaftsrechtliche Ausgestaltung hin. Wesentlich sei bei den Ausführungen zum Kaufpreis, dass es sich um eine Buchwertübertragung handele. Dies müsse so gewährleistet sein. Ansonsten wäre über andere vertragliche Regelungen abzustimmen.

Herr Landrat Makiolla bestätigt, dass diese Absicht verfolgt werde.

Weiter führt er aus, dass die anstehende Entscheidung einen sehr hohen Stellenwert für die Abfallwirtschaft habe, da das erreichte Ergebnis eine wesentliche Optimierung darstelle.

Sodann lässt er zuerst über den Antrag der GFL-Gruppe auf Vertragung der Entscheidung abstimmen.

1. Beschluss

Die Entscheidung über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes wird vertagt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (17 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der GFL-Gruppe, 47 Nein-Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der FWG-Gruppe sowie des Landrates, 1 Enthaltung aus der CDU-Fraktion)

2. Beschluss

Die Ergebnisse der Verhandlungen zur Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes werden zur Kenntnis genommen.

Den Vertretern des Kreises Unna in den Gremien der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU), der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) und der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU) wird empfohlen, den in der Begründung der Vorlage dargestellten Umsetzungsmaßnahmen sowie allen übrigen zur Erreichung des Zielmodells notwendigen Schritten zuzustimmen.

Die zur Beratung notwendigen Vertragsunterlagen werden den Gremien der Gesellschaften vorgelegt. Die Verträge sind so zu gestalten, dass eine spätere Neuordnung der Gesellschafteranteile an den MVA-Hamm Gesellschaften (GWA, VBU) rechtlich möglich bleibt.

Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Partnern des MVA Hamm-Verbundes das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung aus der CDU-Kreistagfraktion)

Punkt 6

028/12

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Erörterung

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Barrenbrügge zur Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 14.03.12 wird der entsprechende Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Kreisausschusses vom 19.03.2012 eingefügt:

Punkt 7, Erörterung:
„Herr Kreisdirektor Stratmann beantwortet eine Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 14.03.12, die sich auf unterschiedliche Angaben in den Sitzungsvorlagen 028/12 und 043/12 beziehe. Es ginge hierbei um das Gästehaus an der Ökologiestation. Zu den ursprünglich aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellten Mitteln sei durch eine Verschiebung aus einer anderen Maßnahme ein Betrag von 100 Teuro hinzu gekommen. Weitere 61 Teuro seien aus Haushaltsmitteln des Kreises verausgabt worden. Aus diesen zusätzlichen Beträgen resultiere der Unterschiedsbetrag zwischen den beiden Sitzungsvorlagen."

Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2011 zum Haushaltsjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

050/12

Wiedereinführung des Kfz-Unterscheidungszeichens „LÜN"

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass zu dieser Sitzungsvorlage ein Antrag der CDU-Fraktion vorliege, ebenfalls die Wiedereinführung der Kfz-Unterscheidungszeichen „IS" und „LH" zu beantragen. In der gestrigen Beratung im Kreisausschuss habe er vorgeschlagen, dieses Anliegen in sein Antwortschreiben an das Ministerium mit aufzunehmen. Dem sei nicht widersprochen worden.
Weiter erläutert er, dass eine Zustimmung des Kreistages nicht die sofortige Wiedereinführung bedeute. Vielmehr sei auf der Bundesebene ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet worden, das zur weiteren Beratung in der Bundesrat gegangen sei. Im Rahmen dieses Verfahrens habe die Landesregierung NRW eine Abfrage bei den betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten in Gang gesetzt, um sich entsprechend der Antworten im Bundesrat zu positionieren. Somit müsse der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abgewartet werden, bevor sicher sei, dass die Wiedereinführung möglich sein werde.

Herr Jasperneite teilt mit, dass die CDU-Fraktion von den Reaktionen der Menschen aus dem Kreis Unna und dem vielfach geäußerten Wunsch nach Wiedereinführung der Kfz-Unterscheidungszeichen überrascht worden sei. Ihm sei es daher sehr wichtig, dass alles unternommen würde, die von ihnen beantragten weiteren Unterscheidungszeichen ebenfalls wiedereinzuführen. Der vorgeschlagenen Vorgehensweise stimme er zu.

Lt. Herrn Hebebrand zeige sich, dass es sich hier um ein wichtiges und unterstützenswertes Anliegen handele. Daher bitte er um Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die GFL-Gruppe habe sich zu einer Unterstützung entschlossen, so Herr Dr. Laarmann. Er selbst allerdings sei der Meinung, dass es dem Imagekonzept des Kreises Unna entgegenstehe, wenn von einem einheitlichen Unterscheidungszeichen abgewichen würde. Vielmehr sollte die von der GFL-Gruppe

eingebrachte und abschlägig beschiedene Umbenennung des Kreises erneut überdacht werden, um eine Identifizierung aller Menschen mit dem Kreis zu erreichen.

Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls folgen, so Herr Klostermann, auch wenn sie die Erweiterung um „IS“ und „LH“ nicht uneingeschränkt gutheiße.

Nach Abschluss der Beratung lässt Herr Landrat Makiolla über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des von ihm eingangs der Erörterung Gesagten abstimmen.

Beschluss

Der Wiedereinführung des Kfz-Unterscheidungszeichens „LÜN“ wird zugestimmt.
Der Landrat wird beauftragt, beim Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen die Wiedereinführung dieses Altkennzeichens zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 1 Nein-Stimme der CDU-Fraktion und 6 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 8

006/12

Neues Übergangssystem Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen – Beteiligung des Kreises Unna - Grundsatzbeschluss

Erörterung

Nach Ausführung von Herrn Stalz sei die FWG-Gruppe der Meinung, dass das Übergangssystem Schule – Beruf zu verbessern sei. Dem werde mit dieser Sitzungsvorlage Rechnung getragen. Daher werde der Vorlage zugestimmt.

Lt. Herrn Klostermann erhalte die Sitzungsvorlage auch von der FDP-Fraktion Zustimmung. Allerdings solle das Konzept verbunden werden mit messbaren Kennzahlen und einer Befristung. Während der Laufzeit solle es politisch begleitet und bei erfolgreicher Umsetzung verlängert werden.

Der Landrat sagt dies zu. Ihm Schulausschuss werde es zudem eine regelmäßige Berichterstattung zum Projekt geben.

Dieses Thema begleite den Kreis schon seit Jahren und zwar nicht nur im Schul- sondern auch im Sozialbereich, so Herr Wiggermann. Mit dem nun neuen Projekt gebe es die Chance zu einer optimaleren Versorgung junger Menschen. Daher sei eine Unterstützung sehr wichtig.

Beschluss

Der Kreis Unna will sich möglichst kurzfristig am neuen Übergangssystem Schule – Beruf in NRW beteiligen

und strebt eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen der jetzt anstehenden Öffnung der Pilotphase für weitere Kommunen an.
Der Landrat wird beauftragt, mit dem Land eine Vereinbarung für den Kreis Unna zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

010/12

Anpassung der Eintrittspreise für die Sinfonische Reihe mit der Neuen Westfälischen Philharmonie

Erörterung

Herr Sell führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE. zustimmen werde. Es werde eine Einnahmeerhöhung erreicht. Dies sei Intention des von ihnen eingereichten Antrages im Rahmen der Haushaltsberatungen gewesen. Allerdings erschließe sich ihnen die Art und Weise der Ermässigungen nicht.

Die angemessene Anhebung der Eintrittspreise sei für die SPD-Fraktion ein Baustein zur langfristigen Sicherung des Erhalts der Neuen Philharmonie Westfalen (NPW), so Herr Engelhardt. Allerdings sollte die Reaktion der Konzertbesucher beobachtet werden, um ggfls. zu reagieren. Die Finanzierung des Zubringerdienstes halte er nicht mehr für zeitgemäß. Dies müsse überprüft werden hinsichtlich einer Kostenbeteiligung der Nutzer.

Lt. Frau Schneider sollte der Zubringerdienst weiterhin aus der Solidargemeinschaft finanziert werden. Ansonsten würde die Standortfrage wieder von neuem diskutiert. Des weiteren interessiere sie der Sachstand zur Frage weiterer Kooperationen und Finanzierungsmöglichkeiten.

Für Herrn Jasperneite sei es für die CDU-Fraktion wichtig, dass eine Anpassung der Preise automatisch alle drei Jahre erfolgen und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle.

Herr Landrat Makiolla sagt dies zu. Zu den Ausführungen von Herrn Sell teilt er mit, dass der Ursprung der Ermässigungssystematik heute nicht mehr nachvollziehbar sei. Da jetzt ein kürzerer Überprüfungszeitraum vereinbart worden sei, sehe er die Möglichkeit, dies im Vorfeld einer neuen Entscheidung zu thematisieren. Zur Frage von Frau Schneider zu weiteren Kooperationen oder auch Fusionen erläutert er, dass dies wegen der notwendigen räumlichen Nähe nur mit einem anderen Orchester des Ruhrgebiets Sinn machen würde. Ein entsprechendes Angebot seitens der Neuen Philharmonie Westfalen sei bisher leider erfolglos geblieben. Es bestehe keine Bereitschaft, etwas an der Orchestersituation des Ruhrgebiets zu verändern. Allerdings gebe es derzeit Bemühungen, die Overheadkosten zu verringern. Im Rahmen eines Gutachtens werde voraussichtlich bis Ende Mai geklärt sein, inwieweit eine Kooperation beim Overhead mit dem Musiktheater

im Revier Gelsenkirchen möglich sei, für das bereits musikalische Leistungen erbracht würden. Die Ergebnisse des Gutachtens würden dann in den Gremien des Orchesters beraten. Zu bedenken sei dabei, dass weitere Zuschussgeber, hier insbesondere das Land mit einem hohen Zuschussbetrag, ihre Leistungen davon abhängig machen würden, dass die Neue Philharmonie Westfalen eigenständig bliebe. Im Falle einer Fusion entstünde ein kommunales Orchester und die Zuschussgrundlage des Landes würde u.U. entfallen. Hier sei man in Gesprächen, um das weitere Vorgehen zu klären.
Herr Kreisdirektor Stratmann ergänzt, dass die bisherigen Gespräche mit dem Land deutlich gemacht hätten, dass diesem der Erhalt des Landesorchesters ausgesprochen wichtig sei.
Abschließend weist der Landrat darauf hin, dass es sich hier um die einzige funktionierende interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Orchesterwesens in NRW handele.

Beschluss

Die Preise für Abonnements und Einzelkarten für die Sinfonische Reihe in Kamen werden linear um 20% für Vollzahler und Ermässigungsgruppen in allen Kategorien angehoben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

036/12

Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag des Kreises Unna und der Kreisverwaltung Unna zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass es ausgehend vom Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.02.2012 seit heute Mittag nach einem Gespräch mit der Fraktion eine zweite Änderung zur Zielvereinbarung gebe, die an alle Kreistagmitglieder verteilt worden und über die abzustimmen sei.

Lt Herrn Goldmann sei das erreichte Ergebnis wichtig im Sinne des zu betreuenden Klientels.

Der Landrat ergänzt, dass weiterhin ein Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung von Kennzahlen im Rahmen der Zielvereinbarung vorliege. Hierzu schlage er vor, dies in die jährlich zu erstellenden Berichte einzubeziehen.

Herr Stalz weist darauf hin, dass es am 10. Februar ein interfraktionelles Gespräch gegeben habe, in dem vereinbart worden sei, nach einem Jahr geänderter Zugangssteuerung zur Frühförderung, also im September diesen Jahres, einen Bericht über die Fallzahlen sowie die Ablehnungen unter Einbeziehung der Träger zu erhalten.
Der Landrat bestätigt die Vereinbarung.

Herrn Jasperneite ist es wichtig, dass Themen zukünftig bereits in den Fachausschüssen in Gänze diskutiert

und Anträge dort eingebracht werden, damit alle Fraktionen und Gruppen rechtzeitig in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Des Weiteren erkläre er sich mit dem Vorschlag des Landrates zum Antrag seiner Fraktion einverstanden.

Beschluss

Die Vorsitzenden der Ausschüsse für Arbeit, Soziales und Familie sowie Gesundheit und Verbraucherschutz werden beauftragt, mit der Verwaltung die in der Anlage beigefügte Zielvereinbarung zur Früherkennung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

039/12

Kein Kind zurücklassen! - Teilnahme am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass sich inzwischen auch die Stadt Bergkamen zur Teilnahme entschlossen habe. Er begrüße diese Entscheidung.

Herr Rieke erläutert, dass mit diesem Projekt die vorhandenen kommunalen Netzwerke kreisweit verbunden und zum Wohle der Kinder verbessert würden. Er bedaure, dass sich Werne und Schwerte nicht zu einer Teilnahme entschließen konnten; hoffe aber, dass zumindestens Werne sich noch anders entscheide. Zur Zeit fehle ein beschlossener Landeshaushalt, so dass sich der Projektstart bis nach der Neuwahl verzögern würde.

Lt. Herrn Kranemann müsse, wenn Bergkamen nachträglich dazu gekommen sei, ebenfalls unbedingt eine Beteiligung von Schwerte und Werne erfolgen, wenn das im Projektantrag genannte Ziel der Verantwortungsgemeinschaft im Kreis Unna erreicht werden solle. Als erster Schritt dazu sei die Auflistung des bereits Vorhandenen vorgesehen. Hier könne nur von den guten Ergebnissen der einzelnen Kommunen profitiert werden.

Der Landrat weist darauf hin, dass Bergkamen als Einzelbewerber an dem Projekt teilnehmen wollte. Das Land NRW habe empfohlen, der gemeinsamen Bewerbung über den Kreis beizutreten. Dem sei die Stadt Bergkamen gefolgt. Die Städte Werne und Schwerte dagegen hätten sich gegen den Beitritt entschieden.

Er habe dieses Thema in seiner Funktion als Ratsmitglied in Werne angesprochen, so Herr Piasecki, da er eine Teilnahme für sinnvoll halte. Es sei ihm von der zuständigen Dezernentin zugesagt worden, dies im Rahmen der nächsten Besprechung auf der Ebene der Dezernenten der Jugendämter anzusprechen.

Am kommenden Freitag, so der Landrat, sei die erste Besprechung zum Projekt. Sowohl Werne als auch

Schwerte seien herzlich willkommen, sich noch anzuschließen.

Herr Nadolski-Voigt regt an, das Thema Inklusion in das Projekt einzubeziehen.

Lt. Herrn Stalz werde durch die FWG-Gruppe das Projekt auch unter der Intention der vorbeugenden Arbeit unterstützt, um sowohl hohe Folgekosten zu vermeiden als auch eine frühzeitige Hilfestellung zu ermöglichen.

Herr Jasperneite bittet darum, aufgrund der hinzugekommenen Beteiligung von Bergkamen den Kosten- und Finanzplan, Seite 51 des Projektantrages, zu aktualisieren und zur Verfügung zu stellen.

Dies werde in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen, so der Landrat.

Beschluss

Die Interessensbekundung „Brücken für Familien“ der Städte Kamen, Lünen, Selm und Bergkamen, der Kreisstadt Unna sowie des Kreises Unna wird zur Kenntnis genommen. Der Kreis Unna beteiligt sich im Rahmen dieser Verbundbewerbung am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“ des Landes Nordrhein-Westfalen, sofern er als Modellkommune ausgewählt wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

026/12

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Beschluss

1. Der Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen und in das Beteiligungsverfahren nach § 5a Abs.2 LAbfG NRW verwiesen.
2. Die Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren und die Auswertungsergebnisse sind dem Ausschuss für Natur und Umwelt in einem Bericht für eine grundlegende Beratung darzustellen und das Ergebnis dem Kreistag im Juni 2012 zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

022/12

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Altlastensanierungsverband (AAV) und dem Kreis Unna zur Sanierung des Nordteils der ehemaligen Zeche und Kokerei Massen 3/4

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Altlastensanierungsverband (AAV) einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Sanierung des Nordteils der ehemaligen Zeche und Kokerei Massen 3/4 in Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 14

020/12

Bereitstellung von Zuwendungen für die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) für die Anleiterstelle des Landschaftspflegetrupps der Biologischen Station Kreis Unna

Beschluss

Der Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) werden für die Anleiterstelle des Landschaftspflegetrupps der Biologischen Station Kreis Unna Zuwendungen in Höhe von 40.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Der Landrat wird beauftragt, die anliegende Vereinbarung mit der NFG zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

023/12

Festlegung des behördlichen Umgangs mit Anträgen zu Tierhaltungsanlagen

a) kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Umgang mit den verfügbaren Bauleitplanerischen Steuerungsinstrumenten begleiten und beraten
b) Rechtliche Möglichkeiten als zuständige Genehmigungsbehörde ausschöpfen und Gefährdungspotential durch entsprechende Gutachten ausschließen

-Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2012-

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass seit heute eine dritte Antragsfassung vorliege, die er für rechtmäßig halte, so dass darüber beraten werden könne.

Herr Goldmann führt zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, dass Massentierhaltung nie artgerecht sei, aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen

aushebeln würden. Die Kreisverwaltung sei, wie im Antrag formuliert, bereits beratend für die kreisangehörigen Kommunen tätig. Dies solle ausgebaut und vertieft werden, um einer artgerechten Tierhaltung näher zu kommen. Gleichzeitig müsse die politische Diskussion verstärkt werden, um zeitnah eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen auf der Bundesebene zu erreichen.

Lt. Frau Cziehso stehe die SPD-Fraktion einer Diskussion zu dieser Thematik aufgeschlossen gegenüber. Allerdings habe aufgrund dessen, dass die vorherigen Antragsfassungen in die Zuständigkeit der unteren Aufsichtsbehörde eingegriffen hätten und somit eine Entscheidung des Kreistages nicht möglich gewesen wäre, eine inhaltliche Beratung nicht stattgefunden. Sie schlage daher für eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Thema eine Behandlung des Antrages in der nächsten Sitzung des Natur- und Umweltausschusses vor.

Herr Jasperneite schließt sich diesem Vorschlag an. Zudem halte er eine Verdeutlichung des Beschlussvorschlages durch den Antragsteller für notwendig.

Herr Goldmann erklärt darauf hin, dass er den Antrag zurück ziehe. Er könne nicht nachvollziehen, inwieweit eine weitere Beratung notwendig sei.

Herr Landrat Makiolla regt an, diese Entscheidung zu überdenken.

Lt. Herrn Dr. Laarmann sei der vorliegende Antrag unbedingt zu unterstützen, da die im Rahmen der Massentierhaltung bestehende Form der Lebensmittelerzeugung sehr zu kritisieren sei. Da noch Beratungsbedarf bestehe, folge die GFL-Gruppe allerdings dem Vorschlag zur Verschiebung in den Fachausschuss.

Herr Goldmann teilt mit, dass er der Verschiebung in den Natur- und Umweltausschuss zustimme.

Abschließend führt der Landrat aus, dass er bereits im Juli 2011 das Landesumweltministerium angeschrieben und angeregt habe, eine ähnliche Regelung wie in anderen Bundesländern zu treffen, wonach bestimmte Ställe mit Filteranlagen ausgestattet würden. Ihm sei geantwortet worden, dass dies aufgrund des Bundesrechts nicht möglich sei. Eine Beratung des Antrages im Fachausschuss halte er daher für wichtig und sinnvoll, um bestmöglich mit der Problematik der Massentierhaltung auf der Kreisebene umgehen zu können.

Der Verschiebung der Beratung des Antrages in den Natur- und Umweltausschuss wird durch die Mitglieder des Kreistages zugestimmt.

Punkt 16

049/12

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Die Anzeige des Landrates wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Stalz weist darauf hin, dass seine Anfrage aus der letzten Sitzung des Kreistages zu den Sitzungsvorlagen DRSNr. 114/11 und 114-1/11 noch nicht beantwortet sei.
Ihm wird die umgehende Beantwortung zugesagt.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 18

027/12

Grunderwerb in Schwerte für Naturschutzzwecke

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.10 Uhr

Makiolla	Bierwolf-Siegrist
Vorsitzender	Schriftführerin